

dieses Gebietes, insonderheit über Art und Gestaltung der Verträge zwischen den von ihnen umfaßten Tätigkeitsgruppen treffen. Durch diese Anordnungen dürfen völkerrechtliche Vereinbarungen nicht verletzt werden.

Entscheidungen nach Abs. 1 auf dem Gebiete des Buch-, Musikalien-, Kunst- und Rundfunkhandels bedürfen der Genehmigung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda und des Reichswirtschaftsministers.

Für die wirtschaftlichen Fragen müssen sich also die Verbände der Genehmigung des Propagandaministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums versichern.

Berufsständisch haben die Angehörigen des Buch-, Kunst- und Musikalienhandels beim Reichsstand der Industrie oder des Handels nichts mehr zu suchen. Ihre Zwangsmitgliedschaft bei den Verbänden der Industrie und des Handels ist also nicht erforderlich und kann unter Berufung auf das Kulturkammergesetz abgelehnt werden. Der Börsenverein wird aber die Verbindung zu diesen großen Verbänden aufrechtzuerhalten suchen. Es wird zu erwägen sein, ob auch örtlich die organisatorische Verbindung zu den Einzelhandelsverbänden hergestellt bzw. erhalten werden kann. Auf jeden Fall ist es zweckmäßig, in allen Orten, wo immer dies möglich ist, buchhändlerische Ortsvereine zu gründen.

Der Aufgabekreis des Börsenvereins in bezug auf die Verkaufs- und Verkehrsordnung gehört nicht in das Kammer-system. Hinsichtlich dieses Aufgabekreises bleibt er selbständig. Über die Arbeitsteilung in den buchhändlerischen Verbänden wird man sich verständigen können und müssen.

Jeder muß sich klar darüber sein, daß sich aus dem Kulturkammergesetz nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten ergeben, und jeder muß sich ferner bewußt werden, daß der Buchhändler bei seinen Entscheidungen immer die ideellen Momente den rein wirtschaftlichen voranzustellen hat.

Herr **Heldt** befürchtet, daß auf Grund des Kulturkammergesetzes der Mitgliederkreis der buchhändlerischen Organisationen außerordentlich anschwellen wird, hofft aber andererseits doch, daß man zu einer günstigen Regelung für den Buchhandel kommt. Er hält es ebenfalls für zweckmäßig, daß sich überall Ortsvereine bilden und Unterorgane der Kreisvereine werden.

Herr **Oldenbourg** führt aus, es sei nicht möglich gewesen, den Buchhandel weitgehend über die einzelnen Phasen der Verhandlungen zu unterrichten. Er wolle aber heute Rechenschaft über die Arbeit des Aktionsausschusses ablegen. Bis es zu dem jetzigen Abschluß durch das Kulturkammergesetz gekommen ist, habe es eine Fülle von Verhandlungen gegeben. Was früher an Buchhandelspolitik getrieben wurde, war eine Kleinigkeit gegenüber dem, was in den letzten Monaten an den Aktionsausschuß herangetreten ist. Die Frage der Einstellung auf das kommende Gesetz und die Erhaltung der Brücke zu den großen Wirtschaftsverbänden sei eine rein persönliche, und er habe sie entschieden. Es wäre auch nicht richtig, wenn der Führer gewisse Gesichtspunkte vorzeitig bekanntgibt, denn er laufe dann Gefahr, daß die Entscheidung gar nicht mehr bei ihm liegt, sondern daß sich andere Kräfte geltend machen. Es wäre auch unzweckmäßig gewesen, irgend etwas bekanntzugeben, ehe man die Sicherheit hatte, daß es in einer Linie verläuft, die man selbst vollkommen vertreten kann. Nun das Gesetz vorliegt, ist der Zeitpunkt zu weiteren Mitteilungen gekommen. In seiner Berufung in den Präsidialrat der Kulturkammer erblickt Herr **Oldenbourg** die Bestätigung, daß er die Dinge des Buchhandels im Sinne des Propagandaministeriums geführt hat. Der weitere Weg werde um so leichter sein, je mehr er im Sinne des Gesetzes gegangen wird. Es sei ein Vorzug des Gesetzes, daß es zwar einen Rahmen schafft, aber überall der lebendigen Entwicklung Raum gibt. Der Schöpfer des Gesetzes habe ausdrücklich darauf Bedacht genommen, daß die Sicherungen geschaffen werden, um die Entwicklung im Sinne einer einheitlichen Führung in der Hand zu haben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: »Bericht und Aussprache über die wirtschaftliche Lage des Buchhandels« führt Herr **Heldt** aus: Unsere politische Lage in der Welt zu bessern, war Deutschlands Angelegenheit, die Besserung der Wirtschaftslage ist eine Weltangelegenheit. Daß Deutschland

schlimmer dran ist als die übrige Welt, liegt daran, daß es durch den verlorenen Krieg ein armes Land geworden ist. Die Verarmung ist vergrößert durch die Inflation. Wenn es nicht gelingt, dem deutschen Volk die ihm durch die Inflation abgenommene Wohlhabenheit zurückzugeben, glaubt er nicht an eine Besserung der Wirtschaftslage. Es könnte dem Buchhandel besser gehen, wenn z. B. die Etats der behördlichen Stellen wieder erhöht würden, und er hofft, daß in der Kulturkammer über die Aufbesserung der Kulturetats gesprochen und etwas erreicht werden kann. Eine zweite wichtige Frage wäre die Eindämmung von Stellen, die sich in den Buchhandel gedrängt haben. Einen Schaden sieht er in den Warenhäusern und Buchgemeinschaften. Er hofft, daß die Kulturkammer auch hier Wandel schafft.

Herr **Oldenbourg** führt aus: Wenn man an der Spitze eines großen Verbandes steht, sieht man die Dinge anders, als wenn man nur an der Spitze eines Kreisvereins oder eines noch kleineren Gremiums steht. Da wo alles zusammenläuft, erkennt man deutlich, daß kein Zweig des Buchhandels auf Rosen gebettet ist; natürlich machen einzelne Firmen selbst heute noch gute Geschäfte, aber auf die Gesamtlage gesehen sind alle Zweige des Buchhandels notleidend. Man kann nicht nach der Zahl der Klagen bemessen, wie schlecht es den einzelnen Fachgruppen geht. Vielleicht hat es der Verlag noch schwerer als das Sortiment. Er hat immer darauf Bedacht genommen, daß die Lasten möglichst gleichmäßig verteilt werden sollen. Aus diesem Gesichtspunkt heraus ist auch die Verkaufsordnung geändert worden. Der Börsenverein hat sich bemüht, eine Erhöhung der Kulturetats zu erreichen. Auf der anderen Seite war man bemüht, den Verlag vor Zusammenbrüchen schlimmster Art zu schützen. Es sind schon über 300 Zeitschriften eingegangen und 200 weitere sind schwer gefährdet. Eine grundsätzliche Beseitigung der Mißstände muß von zwei Voraussetzungen ausgehen und konzentriert sich erstens auf die Frage: Wie kann man den bestehenden Buchhandel davor schützen, unter die Räder zu kommen? Herr **Oldenbourg** konnte beim Reichswirtschaftsminister selbst ausführen, daß sich die für den Einzelhandel erlassene Niederlassungsperre für den Buchhandel in keiner Weise ausgewirkt hat. Ferner hat er dem Minister die Schwierigkeiten des Verlags vorgestellt. Er hat auch beim Propagandaministerium das nötige Echo gefunden, und jetzt ist für den 27. November eine Chef-Besprechung in Berlin anberaumt, zu der auch führende Persönlichkeiten der Partei zugezogen werden, wobei er selbst sich zur Zuziehung bereitzustellen hat. Selbstverständlich hat Herr **Oldenbourg** dem Referenten das Material des Börsenvereins übergeben und darauf aufmerksam gemacht, daß im Buchdruckgewerbe, abgesehen von der durch die Wahlpropaganda vorübergehend eingetretenen Mehrbeschäftigung, die Arbeitslosigkeit ständig zunimmt. Er hat auch bei den bisherigen Verhandlungen in Berlin darauf hingewiesen, daß es zwar leicht ist, den Buchhandel kaputt gehen zu lassen, daß es aber um so schwerer ist, ihn wieder aufzubauen, und daß man sich in Frankreich eifrig bemüht um den Aufbau eines Ladenpreissystems, um auf diesem Wege auch den Provinzbuchhandel wieder aufzubauen. — Was die Kulturetats anbelangt, so wäre alarmierend, daß die Universitätsbibliotheken Berlin und Göttingen alle Zeitschriften abbestellt haben, weil sie keine Mittel mehr für die Anschaffung besitzen. Das trifft Verlag und Sortiment in gleicher Weise. Auch das wird er in Berlin mit behandeln. Das Propagandaministerium will sich um die Wiederauffüllung der Kulturetats bemühen; er nimmt an, daß das jetzt, nachdem das Kulturkammergesetz steht, nachdrücklich geschieht. — Auf Verlegerseite wirkt erschwerend, daß die Devisenwirtschaft in der ganzen Welt in Unordnung geraten ist. Selbst früher reiche Länder sind notleidend geworden. Eine amerikanische Bibliothek hatte z. B. früher 70 000 Dollar Vermehrungsetat, von denen allein 24 000 Dollar für deutsche Zeitschriften ausgegeben wurden. Jetzt ist dieser Etat auf 35 000 Dollar herabgesetzt und der Dollar ist außerdem um ein Drittel seines Wertes gesunken. Wenn man bedenkt, daß etwa die Hälfte der Bezüge nach Deutschland ging, so kann man sich ein Bild von den Sorgen beim Verlag machen. Die rasche Machtergreifung der neuen Staatsführung hat in der Wirtschaft vielfach den Eindruck erweckt, daß es nun auf allen Gebieten ebenso schnell gehen müßte. Heute kann man die Hoffnung haben,